

Rumpfsatzung der Gemeinde Lossatal über die öffentliche Abwasserbeseitigung und den Anschluss an die öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlagen (Rumpfsatzung - RsA)

vom 10.04.2013

§ 1

Öffentliche Einrichtung

- (1) Die Gemeinde Lossatal, vertreten durch den Eigenbetrieb Wirtschaftsbetrieb Lossatal, (im Folgenden: Eigenbetrieb) betreibt die Beseitigung des in ihrem Gebiet anfallenden Abwassers in technisch getrennten öffentlichen zentralen Einrichtungen.
Das Entsorgungsgebiet 1 umfasst die an die zentralen Kläranlagen in Kleinzschepa und Körlitz angeschlossenen Grundstücke.
Im Entsorgungsgebiet 2 sind die zentralen Anlagen im Geltungsbereich der Abwassersatzung der Gemeinde Falkenhain zusammengefasst.
Die Entsorgungsgebiete 1 und 2 sind nicht vom Regelungsbereich dieser Rumpfsatzung umfasst.
Das Entsorgungsgebiet 3 umfasst die an die Ortskläranlage Meltewitz angeschlossenen Grundstücke.
Das Entsorgungsgebiet 4 umfasst die an die Gruppenkläranlagen des Ortsteils Heyda angeschlossenen Grundstücke.

Diese Rumpfsatzung gilt für die Entsorgungsgebiete 3 und 4.

- (2) Art und Umfang der öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlagen bestimmt der Eigenbetrieb. Grundstücksentwässerungsanlagen sind nicht Bestandteile der öffentlichen Abwasserbeseitigung.
- (3) Ein Rechtsanspruch auf Herstellung, Erweiterung oder Änderung der öffentlichen Abwasseranlagen besteht nicht.

§ 2

Begriffsbestimmungen

- (1) Ein Grundstück ist, unabhängig von der Eintragung im Liegenschaftskataster oder im Grundbuch und ohne Rücksicht auf die Grundstücksbezeichnung, jedes zusammenhängende Grundeigentum, das eine selbstständige wirtschaftliche Einheit bildet.
Die für die Grundstückseigentümer erlassenen Vorschriften gelten auch für Erbbauberechtigte oder ähnlich zur Nutzung eines Grundstückes dinglich berechtigte. Von mehreren Berechtigten ist jeder berechtigt und verpflichtet, sie haften als Gesamtschuldner.
Fallen Grund- und Gebäudeeigentum auseinander, so ist der Gebäudeeigentümer dem Grundstückseigentümer im Sinne dieser Satzung gleichgestellt.
- (2) Abwasser ist das durch Gebrauch in seinen Eigenschaften veränderte Wasser (Schmutzwasser), das aus dem Bereich von bebauten oder künstlich befestigten Flächen abfließende und gesammelte Wasser aus Niederschlägen (Niederschlagswasser) sowie das sonstige in öffentliche Abwasseranlagen mit Schmutzwasser oder Niederschlagswasser fließende Wasser.
- (3) Öffentliche Abwasseranlagen haben den Zweck, das im Entsorgungsgebiet angefallene Abwasser zu sammeln, den Abwasserbehandlungsanlagen zuzuleiten und zu reinigen. Öffentliche Abwasseranlagen sind insbesondere die öffentlichen Kanäle, Regenrückhaltebecken, Regenüberlauf- und Regenklärbecken, Abwasserpumpwerke und Klärwerke sowie offene und geschlossene Gräben, soweit sie der öffentlichen Abwasserbeseitigung dienen. Zu den öffentlichen Abwasseranlagen gehören auch die Grundstücksanschlüsse im Bereich der

öffentlichen Verkehrs- und Grünflächen bis zur Grundstücksgrenze (Anschlusskanäle im Sinne von § 11).

- (4) Private Grundstücksentwässerungsanlagen sind alle Anlagen, die der Sammlung, Vorbehandlung, Prüfung und Ableitung des Abwassers bis zur öffentlichen Abwasseranlage dienen. Dazu gehören insbesondere Leitungen, die im Erdreich oder Fundamentbereich verlegt sind und das Abwasser dem Anschlusskanal zuführen (Grundleitungen), Hebeanlagen, abflusslose Gruben und Kleinkläranlagen.
- (5) Grundstücke, die über eine Kleinkläranlage, für die eine leitungsgebundene Anschlussmöglichkeit an ein zentrales Klärwerk nicht besteht oder über eine abflusslose Grube, die entleert und abgefahren wird, entsorgt werden, gelten als dezentral entsorgt. Die nicht unter Satz 1 fallenden, entsorgten Grundstücke gelten als zentral entsorgt.

§ 3

Anschluss- und Benutzungszwang

- (1) Die Eigentümer von Grundstücken, auf denen Abwasser anfällt, sind nach näherer Bestimmung dieser Satzung verpflichtet, ihre Grundstücke an die öffentlichen Abwasseranlagen anzuschließen, diese zu benutzen und das gesamte auf den Grundstücken anfallende Abwasser dem Eigenbetrieb im Rahmen des § 63 Abs. 5 und 6 SächsWG zu überlassen, soweit der Eigenbetrieb zur Abwasserbeseitigung verpflichtet ist (Anschluss- und Benutzungszwang).
- (2) Der Anschluss- und Benutzungszwang besteht nur für durch öffentliche Abwasseranlagen erschlossene Grundstücke.
Ein Anschlusszwang besteht nicht, wenn der Anschluss an die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage rechtlich oder tatsächlich unmöglich ist.
- (3) Die Grundstückseigentümer können nicht verlangen, dass neue Bestandteile der öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlagen hergestellt oder bestehende geändert werden.
- (4) Grundstücke sind, wenn sie mit einer baulichen Anlage versehen werden, anzuschließen, sobald die für sie bestimmten öffentlichen Abwasseranlagen betriebsfertig hergestellt sind. Wird die öffentliche Abwasseranlage erst nach Errichtung einer baulichen Anlage hergestellt, so ist das Grundstück innerhalb von drei Monaten nach der betriebsfertigen Herstellung anzuschließen.
- (5) Für Niederschlagswasser besteht kein Anschluss- und Benutzungszwang, soweit dieses ohne Beeinträchtigung anderer Grundstücke auf dem betroffenen Grundstück versickert, verrieselt oder in ein angrenzendes Gewässer schadlos eingeleitet werden kann.
Der Eigenbetrieb kann hiervon Ausnahmen bestimmen.
- (6) Ist die für ein Grundstück bestimmte öffentliche Abwasseranlage noch nicht erstellt, kann der Eigenbetrieb den vorläufigen Anschluss an eine andere öffentliche Abwasseranlage gestatten oder verlangen.
- (7) Der Inhalt von abflusslosen Gruben und der Schlamm von Kleinkläranlagen sind dem Eigenbetrieb oder einem vom Eigenbetrieb beauftragten Unternehmen zu überlassen.
- (8) Verpflichtet sind die Grundstückseigentümer im Sinne von § 2 Absatz 1.
Auf Verlangen des Eigenbetriebes haben sie die erforderliche Überwachung einschließlich des Betretens des Grundstückes zu dulden.

§ 4

Befreiungen vom Anschluss- und Benutzungszwang

Von der Verpflichtung zum Anschluss an die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage wird auf Antrag ganz oder zum Teil befreit, wenn der Anschluss oder die Benutzung aus besonderen Gründen, auch unter Berücksichtigung der Erfordernisse des Gemeinwohls nicht zumutbar ist.

Der Antrag zu Befreiung ist unter der Angabe von Gründen schriftlich bei der Gemeinde Lossatal einzureichen.

Die Befreiung kann befristet, unter Bedingungen, Auflagen und Widerrufsvorbehalt erteilt werden.

Entsprechend den Regelungen des Sächsischen Wassergesetzes, § 63 (6), sind Grundstücke, die über eine Abwasserbehandlungsanlage nach dem Stand der Technik verfügen, die bereits vor dem 27.08.2012 errichtet oder deren Errichtung zu diesem Zeitpunkt nachweislich bereits beauftragt war,

für den Zeitraum von 15 Jahren nach der Errichtung der Anlage vom Anschluss an eine zentrale Abwasserbehandlungsanlage befreit.

§ 5

Allgemeine Ausschlüsse

- (1) Von der öffentlichen Abwasserbeseitigung sind sämtliche Stoffe ausgeschlossen, die die Reinigungswirkung der Klärwerke, den Betrieb der Schlammbehandlungsanlagen, die Schlammabeseitigung oder die Schlammverwertung beeinträchtigen, das Material der öffentlichen Abwasseranlagen und/oder Transportfahrzeuge angreifen, ihren Betrieb, ihre Funktionsfähigkeit oder Unterhaltung behindern, erschweren oder gefährden können, oder die den in öffentlichen Abwasseranlagen arbeitenden Personen oder dem Vorfluter schaden können. Dies gilt auch für Flüssigkeiten, Gase und Dämpfe.
- (2) Insbesondere sind ausgeschlossen:
 1. Stoffe – auch in zerkleinertem Zustand –, die zu Ablagerungen oder Verstopfungen in den öffentlichen Abwasseranlagen führen können (z. B. Kehricht, Schutt, Mist, Sand, Küchenabfälle, Asche, Zellstoffe, Textilien, Schlachtabfälle, Tierkörper, Panseninhalt, Schlempe, Trub, Trester, hefehaltige Rückstände, Schlamm, Haut- und Lederabfälle, Glas und Kunststoffe),
 2. feuergefährliche, explosive, giftige, fett- oder ölhaltige Stoffe (z. B. Benzin, Karbid, Phenole, Öle und dgl.), Säuren, Laugen, Salze, Reste von Pflanzenschutzmitteln oder vergleichbaren Chemikalien, Blut, mit Krankheitskeimen behaftete Stoffe und radioaktive Stoffe,
 3. Jauche, Gülle, Abgänge aus Tierhaltungen, Silosickersaft und Molke,
 4. faulendes und sonst übel riechendes Abwasser (z. B. milchsaure Konzentrate, Krautwasser),
 5. Abwasser, das schädliche oder belästigende Gase oder Dämpfe verbreiten kann,
 6. farbstoffhaltiges Abwasser, dessen Entfärbung im Klärwerk nicht gewährleistet ist,
 7. Abwasser, das einem wasserrechtlichen Bescheid nicht entspricht,
 8. Abwasser, dessen chemische und physikalische Eigenschaften Werte aufweisen, die über den allgemeinen Richtwerten für die wichtigsten Beschaffenheitskriterien der Anlage I des Arbeitsblattes ATV A 115 bzw. des Merkblatts ATV-DVWK M 115 der deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V. (DWA) in der jeweils gültigen Fassung liegt.
- (3) Der Eigenbetrieb kann im Einzelfall weitergehende Anforderungen stellen, wenn dies für den Betrieb der öffentlichen Abwasseranlage erforderlich ist.
- (4) Der Eigenbetrieb kann im Einzelfall Ausnahmen von den Bestimmungen der Absätze 1 bis 3 zulassen, wenn öffentliche Belange nicht entgegenstehen, die Versagung der Ausnahme im Einzelfall eine unbillige Härte bedeuten würde und der Antragsteller evtl. entstehende Mehrkosten übernimmt.
- (5) § 63 Abs. 6 SächsWG bleibt unberührt.

§ 6

Einleitungsbeschränkungen

- (1) Der Eigenbetrieb kann im Einzelfall die Einleitung von Abwasser von einer Vorbehandlung oder Speicherung abhängig machen, wenn seine Beschaffenheit oder Menge dies insbesondere im Hinblick auf den Betrieb der öffentlichen Abwasseranlagen oder auf sonstige öffentliche Belange erfordert.
- (2) Solange die öffentlichen Abwasseranlagen nicht bedarfsgerecht ausgebaut sind, kann der Eigenbetrieb mit Zustimmung der höheren Wasserbehörde Abwasser, das wegen seiner Art oder Menge in den vorhandenen Abwasseranlagen nicht abgeleitet oder behandelt werden kann, von der Einleitung befristet ausschließen (§ 138 Abs. 2 SächsWG).
- (3) Die Einleitung von Abwasser, das der Beseitigungspflicht nicht unterliegt und von sonstigem Wasser bedarf der schriftlichen Genehmigung des Eigenbetriebes.
- (4) Der Grundstückseigentümer darf Abwasser nur in öffentliche Abwasseranlagen ohne nachgeschaltetes öffentliches Klärwerk einleiten, wenn dieses zuvor ausreichend nach dem Stand der Technik behandelt worden ist. Für diese Einleitungen kann der Eigenbetrieb die Einhaltung von bestimmten Einleitwerten festlegen und für die Erfüllung dieser Pflichten

bestimmte Fristen setzen. Erfüllt ein Grundstückseigentümer die Festlegungen innerhalb der gesetzten Fristen nicht, kann der Eigenbetrieb ihn von der Einleitung ausschließen.

§ 7 Kostenbeiträge

- (1) Der Eigenbetrieb erhebt zur angemessenen Ausstattung der öffentlichen Einrichtungen Schmutzwasserentsorgung der Entsorgungsgebiete 3 und 4 mit Betriebskapital Kostenbeiträge.
- (2) Die Höhe der Kostenbeiträge für die Schmutzwasserentsorgung wird auf 5.000,00 € pro Grundstück nach § 2 (1) festgesetzt.
- (3) Der Kostenbeitragspflicht unterliegen Grundstücke, die entsprechend des § 3 dem Anschluss- und Benutzungszwang unterliegen.
- (4) Der Kostenbeitragbescheid kann die Fälligkeit des Kostenbeitrages in Raten von 2.500 € regeln.
- (5) Kostenbeitragsschuldner ist, wer im Zeitpunkt der Bekanntgabe des Beitragsbescheids Eigentümer, Erbbauberechtigte oder sonst dinglich zur baulichen Nutzung Berechtigte des Grundstücks ist.
- (6) Mehrere Beitragsschuldner haften als Gesamtschuldner.
- (7) Der Kostenbeitrag ruht als öffentliche Last auf dem Grundstück.

§ 8 Eigenkontrolle

- (1) Der Eigenbetrieb kann verlangen, dass auf Kosten des Grundstückseigentümers oder des sonstigen nach § 3 Abs. 1 und 2 Verpflichteten Vorrichtungen zur Messung und Registrierung der Abflüsse und der Beschaffenheit der Abwässer zur Bestimmung der Schadstofffracht in die Grundstücksentwässerungsanlage eingebaut oder an sonst geeigneter Stelle auf dem Grundstück angebracht, betrieben und in ordnungsgemäßem Zustand gehalten werden.
- (2) Der Eigenbetrieb kann in entsprechender Anwendung der Vorschriften der Eigenkontrollverordnung vom 7.10.1994, SächsGVBl. S. 1592, zuletzt geändert mit Verordnung vom 15.6.1999, SächsGVBl. S. 417 in der jeweils geltenden Fassung auch verlangen, dass eine Person bestimmt wird, die für die Bedienung der Anlage und für die Führung des Betriebstagebuches verantwortlich ist. Das Betriebstagebuch ist mindestens fünf Jahre lang, vom Datum der letzten Eintragung oder des letzten Beleges an gerechnet, aufzubewahren und dem Eigenbetrieb auf Verlangen vorzulegen.

§ 9 Abwasseruntersuchungen

- (1) Der Eigenbetrieb kann bei Bedarf Abwasseruntersuchungen vornehmen. Er bestimmt, in welchen Abständen die Proben zu entnehmen sind, durch wen die Proben zu entnehmen sind und wer sie untersucht. Für das Zutrittsrecht gilt § 18 Abs. 2 entsprechend.
- (2) Die Kosten einer Abwasseruntersuchung trägt der Verpflichtete, wenn
 1. die Ermittlungen ergeben, dass Vorschriften oder auferlegte Verpflichtungen nicht erfüllt worden sind oder
 2. wegen der besonderen Verhältnisse eine ständige Überwachung geboten ist.
- (3) Wenn bei einer Untersuchung des Abwassers Mängel festgestellt werden, hat der Grundstückseigentümer oder der sonstige nach § 3 Abs. 1 und 2 Verpflichtete diese unverzüglich zu beseitigen.

§ 10**Stilllegung von Grundstücksentwässerungsanlagen**

Abflusslose Gruben, Sickeranlagen und Kleinkläranlagen sind unverzüglich, spätestens innerhalb von 3 Monaten außer Betrieb zu setzen, sobald ein Grundstück an die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage angeschlossen ist.

§ 11**Ordnungswidrigkeiten, Zwangsmittel**

- (1) Ordnungswidrig im Sinne von § 124 Abs. 1 SächsGemO handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig gegen
1. den Anschlusszwang nach § 4 Absatz 1 Satz 1 verstößt,
 2. den Benutzungszwang nach § 4 Absatz 2 verstößt,
 3. den Anschluss- und Benutzungszwang gemäß § 4 Absatz 3 verstößt,
 4. die Überlassungspflicht nach § 4 Absatz 4 verstößt,
 5. eine auf Grund von § 5 bis § 9 erlassene Regelung oder Verpflichtung verstößt, oder
 6. die Stilllegung der Grundstücksentwässerungsanlagen im Falle des Anschlusses an die öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlagen nach § 10 dieser Satzung verstößt.

Die Ordnungswidrigkeit kann entsprechend dem § 17 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) mit einer Geldbuße von mindestens 2,50 Euro, höchstens 500,00 Euro geahndet werden.

- (2) Der Eigenbetrieb kann zur Erfüllung der nach dieser Satzung bestehenden Verpflichtungen Anordnungen für den Einzelfall erlassen.
- (3) Für die Durchsetzung der in dieser Satzung vorgeschriebenen Handlungen, eines Duldens oder Unterlassens gelten die Vorschriften des Sächsischen Verwaltungsvollstreckungsgesetzes (SächsVwVG) entsprechend.

§ 12**Geltungsbereich**

Diese Rumpfsatzung bestimmt die zentrale Abwasserentsorgung der Entsorgungsgebiete 2 und 3 entsprechend § 1 dieser Satzung.

Für sämtliche im Bereich dieser Rumpfsatzung nicht geregelten Festlegungen zum Anschluss an die öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlagen, deren Nutzung und die Entsorgung des Abwassers bestimmen sich nach den jeweils geltenden Abwasser- und Abwassergebührensatzungen der Gemeinde Lossatal.

§ 13**In-Kraft-Treten**

- (1) Diese Satzung tritt am Tage nach Ihrer Veröffentlichung in Kraft.
- (2) Für das Entsorgungsgebiet 3 und 4 des Eigenbetriebes treten gleichzeitig im Umfang dieser Satzung die bisher geltenden Satzungen außer Kraft.

Falkenhain, 11.04.2013

Weigelt
Bürgermeister



Hinweis nach § 4 Abs. 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO)

Nach § 4 Abs. 4 SächsGemO gelten Satzungen, die unter Verletzungen von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sind, ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen.

Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Bürgermeister dem Beschluss nach § 52 Abs. 2 SächsGemO wegen Gesetzwidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in § 4 Abs. 4 Satz 1 SächsGemO genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften gegenüber dem Eigenbetrieb unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach den Ziffern 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in § 4 Abs. 4 Satz 1 SächsGemO genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

Falkenhain, 11.04.2013


Weigelt
Bürgermeister